Wie weiter mit den Schulbeiträgen?

Erlinsbach SO und die Kreisschule brauchen einen Schulvertrag – dessen Inhalt ist noch Verhandlungssache.

Nadja Rohner

Die beiden Erlinsbach: Seit Jahrzehnten besuchen Schulkinder von der Solothurner Seite die Kreisschule im Aargau. Bild: Bruno Kissling/Archiv

6916 Franken Schulgeld verlangt die Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB) ab kommendem Schuljahr für jeden Oberstufenschüler aus den Nicht-Verbandsgemeinden wie Biberstein und Küttigen. Das hat der Kreisschulrat wie jedes Jahr basierend auf den effektiven Kosten festgelegt. Der Tarif gilt auch für Erlinsbach AG, nicht aber für Erlinsbach SO – obwohl beide ihre Bezirksschüler nach Aarau schicken.

Das liegt daran, dass das Schulgeld für ausserkantonale Kinder im «Regionalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen» (RSA) festgelegt ist. Das RSA haben die Kantone miteinander abgeschlossen. Das Problem: Dieser Tarif deckt die tatsächlichen Kosten der Schule nicht – die Kreisschulgemeinden Aarau und Buchs subventionieren also die Schüler aus Erlinsbach SO quer.

Gemeinde sieht «keine Rechtsgrundlage»

Sowohl der Stadtrat Aarau als auch der Gemeinderat Buchs haben letztes Jahr im Kreisschulrat eine Lösung dafür gefordert – sie kann eigentlich nur darin liegen, dass Erlinsbach SO für seine rund 60 Schülerinnen freiwillig mehr zahlt. Wie an der Kreisschulratssitzung zu erfahren war, haben mittlerweile Gespräche stattgefunden. Der Schulvorstand werde nun einen Vertrag ausarbeiten. Dieser ist zwingend nötig, weil die Satzungen der neuen Kreisschule ihn vorschreiben. Heisst das, Erlinsbach SO zahlt nun mehr, als es gemäss RSA müsste? Auf Nachfrage präzisiert Gemeindepräsidentin Madeleine Neumann. «Auch wenn es uns wundert, dass nach 40 Jahren gelebter Praxis nun ein Vertrag notwendig wird: Wir haben schriftlich bestätigt, dass wir grundsätzlich mit der Ausarbeitung einverstanden sind. Der Inhalt muss aber zusammen ausgehandelt werden. Ein Entwurf der KSAB dazu liegt noch nicht vor.»

Mit anderen Worten: Der Gemeinderat Erlinsbach SO hat sich nicht bereit erklärt, freiwillig mehr zu bezahlen, als das RSA vorsieht. «Wir sehen dafür auch keine Rechtsgrundlage», so Neumann. «Das Regionale Schulabkommen hat für uns nach heutigem Stand Gültigkeit. Im Übrigen ist das Anliegen auch erst vor einem Jahr erstmals an uns herangetragen worden.»

Unterricht auf Aargauer Lehrplan ausgerichtet

Je nach aktueller Schülerzahl und Schulgeldtarif macht die Differenz zwischen dem, was Erlinsbach SO nach RSA bezahlt, und dem, was die Kreisschule gerne verrechnen würde, ungefähr 45 000 bis 65 000 Franken aus. Ein Steuerfussprozent sind in Erlinsbach SO etwa 70 000 Franken.

Dennoch, die Gemeinde sitzt bei näherer Betrachtung am kürzeren Hebel. Denn die Kreisschule ist nicht verpflichtet, die Bezirksschülerinnen und Bezirksschüler aus Erlinsbach SO aufzunehmen. Theoretisch könnten sie auch nach Schönenwerd. «Aber der Unterricht unserer Primarschüler sowie unserer Sek- und Realschüler der Schule Erzbachtal ist auf den Aargauer Lehrplan ausgerichtet», so Neumann. «Da kann man die Bezirksschüler nicht einfach plötzlich im Kanton Solothurn beschulen.»

Aber über das Szenario wolle sie eigentlich gar nicht diskutieren, sagt die Gemeindepräsidentin, es sei keine ernsthafte Alternative. «Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Lösung finden, damit unsere Bezirksschülerinnen und Bezirksschüler weiterhin nach Aarau können, wie das schon seit Jahrzehnten der Fall ist. Auch der Schulvorstand hat betont, sein Ziel sei es, eine gute Lösung zu finden.»

In der Sitzung vom Donnerstag sagte die Aarauer Stadträtin Franziska Graf, sie begrüsse, dass der Schulvorstand den Wunsch des Stadtrats ernst genommen habe. «Wir planen ein grosses Oberstufenzentrum, und dazu wüssten wir gerne, ob wir mit oder ohne die Jugendlichen aus Erlinsbach SO planen sollen», sagte sie, und betonte, man plane selbstverständlich gerne mit ihnen. «Für den Stadtrat ist aber auch klar, dass es eine Gleichberechtigung zwischen all unseren Vertragsgemeinden braucht. Meine Erwartung ist, dass der Schulvorstand dies dem Gemeinderat verständlich macht.» Das RSA, so Graf, sei für Einzelfälle gedacht gewesen, nicht für die Bezirksschüler einer ganzen Gemeinde.

Bally-Archiv: Stiftung möchte Austausch mit Konzern

Die Stiftung Ballyana bekräftigt an ihrer Generalversammlung den Willen zum Erhalt des Bally-Kulturguts.

Philipp Abegg, Präsident des Ballyana-Stiftungsrates. Bild: Patrick Lüthy/Archiv

Die diesjährige Generalversammlung der Stiftung Ballyana, die das private Museum zur Bally-Industriegeschichte führt, stand im Zeichen der Erhaltung des Bally-Kulturguts.

Ballyana-Präsident Philipp Abegg ging anlässlich der Versammlung auf die aktuelle Entwicklung bei der Firma Bally ein, wie einer Mitteilung der Stiftung zu entnehmen ist. Wie diese Zeitung unlängst berichtete, realisierte Bally in der Villa Heleneum in Lugano ein neues Projekt: Die Villa ist jetzt Sitz der kulturell tätigen Bally Foundation und bietet derzeit eine Kunstausstellung. «Das Bally-Schuhmuseum in Schönenwerd ist offenbar davon nicht mehr betroffen», hält Ballyana dazu fest.

Die Anwesenden hätten zur Kenntnis genommen, dass das Schuhmuseum nach wie vor geschlossen ist. Die Sammlung im Haus zum Felsgarten soll laut dem Bally-Mediensprecher überdacht werden. Ballyana bekräftige demnach den Willen, ihren Beitrag zum Erhalt des Kulturerbes der Firma am historisch wichtigen Standort Schönenwerd leisten zu wollen: «Dabei ist es für Ballyana ein zentrales Anliegen, dass die reichhaltigen Archivbestände der Firma definitiv in Schönenwerd bleiben.»

Weiter heisst es dazu: «Die Mitglieder von Ballyana würden ein Zusammenwirken mit den Verantwortlichen von Bally in dieser Sache sehr begrüssen und sich gerne gemeinsam der Pflege der Wurzeln von Bally annehmen.»

Wie Abegg auch bekannt gab, ist die aufwendige Restaurierung des Kienberger Webstuhls abgeschlossen; er wird im Herbst der Öffentlichkeit präsentiert.

Bally-Hauszeitungen liegen in digitaler Form vor

Nach dem statutarischen Teil gab Irene Amstutz, Leiterin des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs an der Universität Basel und Ballyana-Stiftungsrätin, einen Einblick in die Tätigkeiten dieser Institution.

Das Wirtschaftsarchiv ist das nationale Kompetenzzentrum für Quellen zur Schweizer Wirtschaft und Wirtschaftsgeschichte und sucht nach dem Motto «Feststellen, was da ist und was fehlt», das vielfältige Schweizer Wirtschaftsgeschehen abzubilden und die Firmen wie auch die Forschung zu dokumentieren.

Derzeit verfügt das Archiv über gut 40 000 Dokumentensammlungen, Tendenz steigend. «Die vom Archiv mitinitiierte Plattform Archeco schafft Überblick über die historischen Wirtschaftsarchive in der Schweiz und erleichtert es der Forschung, Archive wie jenes von Ballyana zu finden.» Zudem zeige die Plattform etwa, dass der Inhalt der Bally-Hauszeitungen heute in digitaler Form vorliegt: «Ballyana-Mitarbeitende haben diese Digitalisierung geleistet.» *(otr)*